

Nachricht

der Bürgerfraktion

SONDERAUSGABE
10.6.2010

Kraftakt für ein Kunstkraftwerk

Mitarbeiter verzichten seit Jahren auf einen erheblichen Teil ihres Gehalts. Als Dank dafür bekommen sie keine klare Aussage zum Bestand ihres Hauses.



Wir als Bürgerfraktion sehen das Kunstkraftwerk Mitte als die kulturpolitische Idealversion. Selbstverständlich stellen die Intendanten zunächst einen Wunschkatalog auf. Nach den notwendigen Voruntersuchungen von Arcadis wurden deshalb zunächst weit über 100 Mio. Euro für das Projekt veranschlagt. Erst durch Gespräche mit den Intendanten konnte auf 89,3 Mio. gekürzt werden. Es ist eben kein Mercedes, wie Herr Zastrow immer behauptet, sondern eine vernünftige Variante. Die gemeinsame Realisierung im Kunst-

kraftwerk ist aus finanzpolitischer Sicht machbar.

Wesentlich ist der zentrale Standort, der weitreichende städtebauliche Synergieeffekte bietet, mehr als jeder andere bisher diskutierte Standort (siehe auch Infokasten S. 2). Das Kunstkraftwerk könnte das Stadtgebiet insgesamt enorm aufwerten. Voraussetzung ist ein sensibler Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz.

Für die Bürgerfraktion hat die Realisierung der Staatsoperette im Stadtzentrum oberste Priorität. Das steht bei uns im Wahlprogramm und wir werfen dies nicht in die Tonne! Im Vergleich zum Vorwurf von Hartmut Vorjohann in der SZ vom 28.05.2010.

Leider haben wir noch nicht herausgefunden, wer die Idee des Doppelstandortes am Wettiner Platz hatte. „Der große Wurf“, wie es Herr Tannenberger (Vorsitzender des Kulturbeirates der LHD) nennt. Ich darf daran erinnern, dass 2012 die Baugenehmigungen für drei Kulturhäuser auslaufen: Kulturpalast, TJG und Operette. Wir müssen als Kunst- und Kulturstadt Dresden schnellst möglich reagieren.

Wie lange will die Verwaltung noch prüfen? Ich kann es ganz genau sagen: bis zum 10.4.2013. Dann jährt sich das Interview von Hartmut Vorjohann von 2003 in der DNN, in dem er ankündigt „In zehn Jahren gibt es die Operette nicht mehr.“ Wenn kein Euro für die Operette investiert wird, was passiert

dann mit den 14 Mio., die an die Mitarbeiter zurückgezahlt werden müssen?

Unsere Meinung zur Operette und TJG ist klar. Sie stützt sich auf die belastbaren Zahlen von ARCADIS.

Der Stadtrat entschied in seiner Sitzung am 3.6.2010, einer Ausschreibung zuzustimmen und hoffentlich erhalten wir konkrete Zahlen im Herbst. Mich ärgert der Vorwurf maßlos, dass wir gleichzeitig damit Schulsanierungen oder Turnhallenstreichungen beschließen würden. Darüber wird im Stadtrat in der Diskussion zum Haushalt im Herbst zu debattieren sein.

Wenn man einen Zusammenhang zwischen Operettenvorlage und Schule unbedingt herstellen will, würde es wohl heißen:

Hartmut Vorjohann - ungenügend - 6 - setzen, denn die Verwaltungsvorlage ist miserabel. Warum gibt es hier nicht die Möglichkeit eines Erbpachtvertrages? Warum gibt es keine konkrete Kostenaufstellung? Wie viel kostet nun die Sanierung des TJG an der Meißner Landstraße? 19,6 oder 25,510 oder 28,185 Mio.? Welche Folgekosten entstehen bei getrennten Werkstätten?

Die Bürgerfraktion ist für die Errichtung des Kunstkraftwerkes mit Operette und TJG am Wettiner Platz.

Jan Kaboth
kulturpolitischer Sprecher

TJG + SOD	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Impulsfunktion für die Stadtentwicklung ▪ innerstädtischer Standort mit besserer Erreichbarkeit ▪ Synergieeffekte durch Doppelstandort ▪ gesicherte Terminkette ab Stadtratsbeschluss bis Vergabe und Fertigstellung ▪ detaillierte Kostenermittlung ▪ Lebenszyklusmodell (Planung, Bau, Betrieb) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ sehr anspruchsvolle, komplexe, baulich-architektonische Aufgabenstellung ▪ hohe Investition ▪ Schnittstellen für die theaterspezifische Ausstattung ▪ Nachnutzung Bestand TJG ▪ hohe denkmalpflegerische Aufwendungen 	KKM
SOD	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung Nutzerbedarf der SOD ▪ geringere Komplexität ▪ innerstädtischer Standort ▪ detaillierte Kostenermittlung ▪ Lebenszyklusmodell (Planung, Bau, Betrieb) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ geringere Impulsfunktion für Stadtentwicklung ▪ notwendige Drittnutzung der verfügbaren Flächen ▪ ggf. Transportkosten Dekoration ▪ hohe denkmalpflegerische Aufwendungen 	KKM
TJG	<ul style="list-style-type: none"> ▪ geringere Komplexität ▪ Tradition ▪ nutzbare Gebäudesubstanz ▪ weitläufiges Gelände mit Umfeld für Kinder ▪ kommunale Freiflächen für Erweiterungsbauten ▪ keine denkmalschutzrechtl. Anforderungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kostenermittlung muss noch detailliert werden ▪ dezentraler Standort ▪ kein Lebenszyklusmodell 	BESTAND

Die alte Neustadt - rein äußerlich betrachtet

Natürlich ist die Äußere Neustadt in Dresden gemeint! Sie ist ein Phänomen: Vor zwanzig Jahren noch zum Sterben verurteilt, ist sie heute ein touristischer Magnet geworden.

Auffällig ist, dass in diesem Ortsteil kaum Wohnungen leer stehen, von Abriss ist keine Rede mehr. Statt dessen sieht man viele Kinder, der Anteil der 25 bis 45-jährigen an der Bevölkerung ist am höchsten. Das Ortsamt selbst zählt 43.000 Einwohner.

Noch gibt es Lücken in der Bebauung und so bieten sich Chancen einer bürgerfreundlichen Gestaltung. Bürgerfreundlich ist auch die Ladensituation der Äußeren Neustadt, kleinere Ladeneinheiten überwiegen. So gibt es 285 Läden mit einer Verkaufsfläche zwischen fünf und 200 Quadratmetern. Analysiert man die Angebotspalette, so haben Lebensmittelläden zugenommen, Bekleidung und Hausratsangebote sind stabil geblieben und ein leichter Rückgang ist nur bei Sportwaren, Möbeln und Unterhaltungse-

lektronik zu verzeichnen. Nun tauchen im Jahre 2010 zwei Projekte größerer Art auf, die eine Bebauung für zwei brachliegende Flächen vorschlagen: Das Gelände um und mit dem Hochhaus am Albertplatz sowie die Flächen hinter dem Hauptpostamt an der Königsbrücker Straße. Frau Dr. Töberich steht für das erstere, Knerer und Lang



für das zweite Projekt, und sie konkurrieren miteinander. Beide würden eine dringend sanierungsbedürftige Lücke schließen, beide lassen sich in den Straßenverkehr gut einbinden und beide wären mit einem Bebauungsplan nach §12 BauGB realisierbar. Verkaufsflächen sind mit etwa 4.000 Quadratmetern im Gespräch, wobei Lebensmittel nicht dominieren dürfen.

Nun, dann fangen wir doch an! Aber wieder muss in Dresden eine Entscheidung gefällt werden und wieder gibt es Befürworter und Gegner der Planvorstellungen. Die Einen wollen einen schönen Blick vom Hochhaus genießen, die Anderen fordern eine attraktive Achse zum Neustädter Bahnhof, wo eigentlich das Gründerzeitviertel zum Besuch einladen soll. Das gilt nun auch wieder für den Albertplatz und ich fürchte, Dresden braucht wohl wieder sehr lange, bis die berühmten Würfel fallen.

*Franz-Josef Fischer
baupolitischer Sprecher*

Ein Phantom geht um ...

Am Anfang sollen drei Aussagen Dresdner Bürger stehen.

Die ablehnende Haltung: Auf jeden Fall verzichten = NEIN!

Eine Gegenleistung müsste schon erbracht werden!

Und welche Gegenleistungen erhält man für das evtl. Steuergeschenk?

WIR kommen auch ohne KARSTADT in Dresden gut zurecht.

Die resignierende Zustimmung: Auf jeden Fall verzichten = JA!

Eine Stadt, die einem drittklassigen Fußballverein Millionen an Steuergeld schenken kann, kann auch auf Gewerbesteuern verzichten - erst recht, wenn davon so viele Arbeitsplätze abhängen!

Die pragmatische Haltung: Zum Verzicht gibt es keine Alternative = JA!

Denn das Nein würde weit über Dresden hinausgehen und deutschlandweit Konsequenzen für 56.000 Arbeitsplätze mit sich bringen. Betroffen wären neben Karstadtmitarbeitern eine ganze Anzahl von Mittelständlern wie Dienstleister, Zulieferer und das produzierende Gewerbe.

Diese drei Meinungen zeigen deutlich, wie schwierig es ist, den eigentlichen Sachverhalt, zu dem sich jede Kommune positionieren muss, überhaupt zu verstehen. Es ging nicht um die Rettung von KARSTADT* – die ist ohnehin von einem Investor und einem guten Konzept und nicht von uns abhängig. Wir sind nicht dazu berufen, deutschlandweite Unternehmenspolitik zu betreiben.

Was wir aber mit unserer Entscheidung ohne Not zu Fall bringen konnten, war das Inkrafttreten eines Insolvenzplanes. Mehr nicht, aber auch nicht weniger. Dass der Insolvenzverwalter gezwungen ist, auf Grund des deutschen Steuerrechts von einer zahlungsunfähigen Firma noch Gewerbesteuer an die Kommune abzuführen, ist schlicht grotesk. Dabei ist es unerheblich, ob es ein Konzern oder ein Handwerker ist, der vor einem finanziellen Neuanfang erst noch mal kräftig vom Fiskus zur Kasse gebeten wird.

Dass das so ist, müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Auch ändern können wir es nicht. Eine Änderung dieses Rechtes können wir aber einfordern.

Wir würden uns zum Handlanger einer verfehlten Steuerpolitik machen, wenn wir dem folgerichtigen Ansinnen an über 90 Städte bundesweit unsere Zustimmung verweigert hätten.

Das Argument, mit unserem Verzicht auf den Verzicht einer **Phantomsteuer** einer sogenannten „Heuschrecke“ den Zugriff auf KARSTADT zu verweigern und zu glauben, dass es Dresden bei der unweigerlich folgenden Liquidation des Konzerns schon nicht so hart treffen wird, beweist das Fehlen jeglichen überregionalen Verantwortungsbewusstseins.

Niemand kann heute mit Sicherheit voraussagen, wie die Zukunft von Karstadt aussehen wird.

In unserem Interesse einer weiter gedeihlichen Innenstadtentwicklung



sollte es liegen, dass das Konzept Kaufhaus als Alternative zum Galeriekonzept für eine abwechslungsreiche Kaufkultur erhalten bleibt.

Zu der Vorlage, die uns viel zu spät erreicht hat und wozu es keiner Sondersitzung bedurft hätte, konnte nur ein Änderungsantrag eingebracht werden.

Diese Vorlage sollte nicht parteipolitisch entschieden werden. Für uns als kommunalpolitisch Handelnde, die anders als die Verwaltung, für die die ungeklärte Rechtsfrage ein Hemmnis sein könnte, politisch frei im Interesse unserer Stadt entscheiden können, wäre eine Ablehnung der Bitte des Insolvenzverwalters fatal gewesen und hätte Dresden in echte Negativschlagzeilen gebracht.

*Christoph Hille
finanzpolitischer Sprecher*



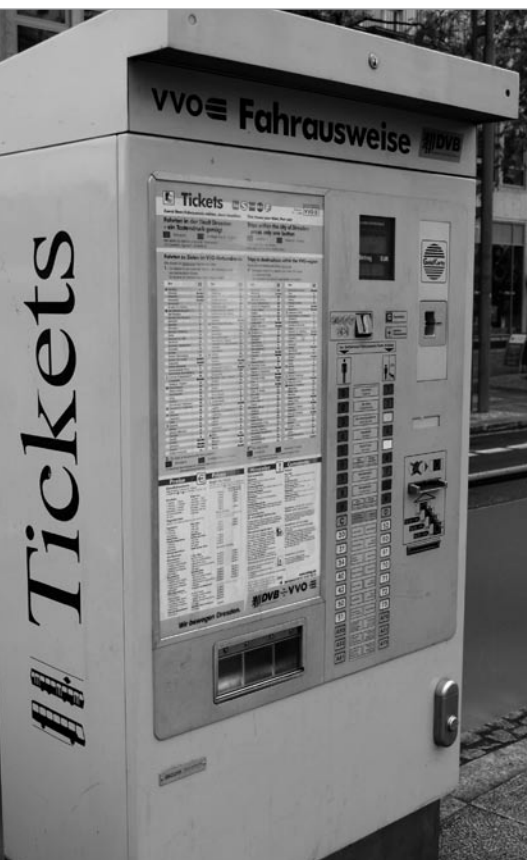
* Der inzwischen erteilte Zuschlag an das Konsortium um den Investor Berggruen stimmt uns in Hinsicht auf die weitere positive Entwicklung der ältesten Warenhauskette Deutschlands froh und bestätigt im Nachhinein die richtige Entscheidung im Dresdner Stadtrat.

Mobilität darf kein Luxus sein

Dresden führt ein Schüler- und Sozialticket ein

Ab Januar 2011 sollen Schüler und Dresden Pass Inhaber günstiger mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Am 06.05.2010 hat der Dresdner Stadtrat mit einer Mehrheit von Grünen, SPD, LINKE und BürgerBündnis/ Freie Bürger Fraktion die Oberbürgermeisterin beauftragt, Voraussetzungen für ein Schüler- und Sozialticket zu schaffen. Bis zu 50 % Ermäßigung des bestehenden ÖPNV Tarifs soll das Sozialticket, das es bereits in vielen Städten wie Köln, Hamburg und Leipzig gibt, enthalten.

Anita Köhler im Interview mit Corinna Jordan, Geschäftsführerin der BürgerBündnis/ Freie Bürger Fraktion im Dresdner Stadtrat:



C.J.: Warum braucht Dresden ein Schüler- und Sozialticket?

A.K.: Bereits im Dezember 2007 brachte eine interfraktionellen Arbeitsgruppe den Vorschlag für ein Sozialticket auf den Weg. Mittlerweile hat sich in der Stadt eine regelmäßig tagende Initiative Schüler- und Sozialticket gebildet, die, wie auch am 1. Mai auf dem Schlossplatz, Unterstützung für bessere Mobilität auch für Einkommensschwache von der Politik fordert.

Mobilität ist ein hohes Gut, aber die Möglichkeiten der Teilhabe sind sehr unterschiedlich. Wer auf soziale Transferleistungen angewiesen ist, hat monatlich nur ca. 11,50 Euro für Mobilität zur Verfügung. Damit kommt man nicht weit. Die Hartz IV Leistungen werden zwar zur Zeit neu berechnet, aber man darf sicher keine Wunder erwarten. Bundesfinanzminister Schäuble hat die von ihm bevorzugte Tendenz ja bereits erkennen lassen.

Die Einführung eines Schülertickets ist insofern sinnvoll, da insbesondere ab der 5. Klasse das bestehende Schulsystem von allen Schülern eine erhöhte Mobilität fordert. Dadurch entstehen erhebliche Mehrkosten für Familien insbesondere mit mehreren Kindern. Mit dem Schüler- und Sozialticket soll ein Beitrag zur Familienfreundlichkeit geleistet werden, der unter anderem dazu beiträgt, dass nicht das Einkommen der Eltern über die Schulwahl bestimmt.

Bei der Einführung eines Schüler- und Sozialtickets handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt, als klares Bekenntnis auch Dresdnerinnen und Dresdenern mit schmalen Geldbeutel zu mehr Mobilität zu verhelfen.

C.J.: Wie wird das Schüler- und Sozialticket aussehen?

A.K.: Die Oberbürgermeisterin wurde durch den Beschluss beauftragt,

in Abstimmung mit den Dresdner Verkehrsbetrieben, Voraussetzungen für die Einführung eines Schüler- und Sozialtickets in Dresden ab 01.01.2011 unter folgenden Prämissen zu schaffen:

1. Sonderregelung für Dresden Pass Inhaber und Schüler zum Erwerb von bis zu 50 % des bestehenden ÖPNV Tarifs ermäßigten, nicht über die Begünstigten-Gruppe hinaus übertragbaren Fahrkarten.
2. Einstellung der für diese Maßnahme notwendigen Haushaltsmittel in den Doppelhaushalt 2011/2012, unter Berücksichtigung der für diese Zwecke gebundenen Erträge der Sozialstiftung.
3. Gemeinsam mit den Dresdner Verkehrsbetrieben ist das verwaltungsorganisatorische Verfahren zur Genehmigung und Ausgabe des Schüler- und Sozialtickets auf Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen weiterzuentwickeln und benutzerfreundlicher zu gestalten.

C.J.: Der Stadtrat hat die Oberbürgermeisterin zunächst beauftragt die Voraussetzungen für das Sozialticket zu schaffen. Im Oktober soll erst über die tatsächliche Einführung entschieden werden...

A.K.: Das stimmt. Zunächst brauchen wir belastbare Zahlen, um die finanziellen Mittel auch in den kommenden Haushalt einstellen zu können. Deshalb auch der Auftrag an die OB verschiedene Varianten der Ermäßigung vorzustellen. Aber ich sehe die Einführung optimistisch.

Der Stadtrat muss verstehen: Mobilität darf kein Luxus sein!

Herausgeber

BürgerBündnis/Freie Bürger Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Zimmer 211
www.buergerfraktion-dresden.de

Telefon (03 51) 4 88 23 83
Telefax (03 51) 4 88 23 84
buergerfraktion@dresden.de

Redaktion (V.i.S.d.P.)

Franz-Josef Fischer
Fraktionsvorsitzender
Fotos: Arcadis, Jordan, Dresden Bau

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.